

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 7. Dezember 2020; Bericht

Am 7. Dezember 2020 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Transatlantische Beziehungen und Strategische Autonomie. Die Debatte zu diesem letzten Punkt wurde aus Zeitgründen im Rahmen des informellen Arbeitsmittagessens geführt.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP), Josep Borrell, die Themen Georgien, Türkei, Menschenrechte, Venezuela, Belarus, Äthiopien, Libanon sowie externe Aspekte der Migration angesprochen.

So wie eine große Zahl weiterer Mitgliedsstaaten habe ich die Verabschiedung des globalen Menschenrechtssanktionenregimes begrüßt. Angesichts des Tags der Menschenrechte am 10. Dezember 2020 war dies ein wichtiges Signal.

Ich habe auch die Gelegenheit genutzt, um dem deutschen Ratsvorsitz für seine Vermittlungsbemühungen rund um das Thema Türkei zu danken. Ich habe in diesem Zusammenhang aber auch betont, dass die letzten Monate gezeigt haben, dass eine positive Agenda mit der Türkei unrealistisch ist. Ich habe darauf hingewiesen, dass – wie vor jedem Europäischen Rat – die üblichen taktischen Manöver von Seiten Ankaras stattfinden, und dass dies nicht über die türkischen Provokationen hinwegtäuschen darf.

Zu Belarus habe ich angemerkt, dass die EU-Strategie gegenüber Belarus nach außen wirkt, als hätte die EU nichts Anderes als Sanktionen anzubieten. Es könne jedoch nicht nur die Sprache der Sanktionen gesprochen werden. Weiters habe ich mich nach der Beurteilung der konkreten Wirkung der EU-Unterstützung für die Zivilgesellschaft

erkundigt und die Kommission um ein Update zur Frage der Finanzierung ersucht. Außerdem habe ich vorgeschlagen, von anderen Instrumenten, wie z.B. der Venedig-Kommission des Europarats, Gebrauch zu machen.

Unter dem Tagesordnungspunkt Transatlantische Beziehungen forderte HV/VP Josep Borrell, die EU solle in Bezug auf die gemeinsame Zielsetzung, die transatlantischen Beziehungen neu auszurichten, sowohl ambitioniert als auch realistisch vorgehen. In den Bereichen Klima, Menschenrechte und Demokratie oder globale Gesundheitsfragen hätten die USA Interesse an einer Kooperation. Es gehe jedoch auch darum, in Bereichen mit unterschiedlicher Zugangsweise, wie in Bezug auf China oder Iran/JCPOA, besser zu kooperieren. Die USA werden, laut Einschätzung von HV/VP Borrell, von der EU eine stärkere Übernahme von Verantwortung einfordern. Strategische Autonomie würde es der EU ermöglichen, ein stärkerer Partner für die USA zu sein. Die EU Mitgliedsstaaten begrüßten die Biden-Administration als Chance für die EU, die es zu nutzen gelte, und nannten als prioritäre Kooperationsbereiche u.a. die Bewältigung der COVID-19-Pandemie, Multilateralismus, Klimaschutz, Handel sowie Sicherheit und Verteidigung. Zahlreiche Mitgliedsstaaten hoben die vom Rat angenommenen Schlussfolgerungen und die Gemeinsame EK/EAD-Mitteilung zu den transatlantischen Beziehungen positiv hervor.

Der Tagesordnungspunkt zur Strategischen Autonomie wurde aus Zeitgründen auf das informelle Arbeitsmittagessen verschoben.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu den transatlantischen Beziehungen, zum Libanon, zum EU-Pakt für die zivile GSVP (Civilian CSDP Compact) und zur Friedensvermittlung durch die EU (EU Peace Mediation) an.

Zusätzlich wurden [u.a.] vom Rat angenommen:

- Bericht über die Tätigkeiten der EDA im Jahr 2020
- Informelle Videokonferenz der Mitglieder des Kooperationsrates EU-Uzbekistan (17. Dezember 2020), Festlegung des Standpunkts der EU
- Informelle Videokonferenz der Mitglieder des Assoziationsrats EU-Algerien (7. Dezember 2020), Festlegung des Standpunkts der EU
- Beschluss und Verordnung des Rates über restriktive Maßnahmen gegen schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße

- Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im IPA-Handelsausschuss EU-Pazifik zu Änderungen des Abkommens im Anschluss an den Beitritt Samoas und der Salomonen
- Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im IPA-Handelsausschuss EU-Pazifik zur Änderung einiger Bestimmungen des Protokolls II (Ursprungsregeln)
- Beschluss des Rates über den im Handelsausschuss des Interims-Partnerschafts-abkommens EU-Pazifik zu vertretenden Standpunkt der Union zur Festlegung der Geschäftsordnung des Handelsausschusses und der Geschäftsordnung der Sonder-ausschüsse.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

21. Jänner 2021

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M
Bundesminister